

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa
Grunndruck
Riesa Nr. 58

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns
zu Großenhain bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Amtmannes Riesa
und des Hauptkommandes Riesa

Postsekretariat
Riesa 1530
Verlag
Riesa Nr. 58

Nr. 58

Donnerstag, 10. März 1938, abends

91. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug Nr. 214 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenrate (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gewöhnliche 4 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 2 Rpf., die 10 mm breite, 3 gepaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundchrift: Zeit 3 mm hoch). Biffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50%. Ausschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigen oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlass hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Nach am Grabe...

Je länger die fürchterliche neue Inzestkomödie in Moskau andauert, um so offensichtlicher wird es, daß dieser von düsteren Geheimnissen umwitterte Schauprozeß eine entscheidende Niederlage des gesamten Marxismus in seiner sich dem Ende zuneigenden Geschichte eingeleitet hat. Die weltrevolutionären Hoffnungen und Pläne der Moskowiter gründeten sich ja nicht allein auf die kommunistischen Sektoren in den verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern. Man spekulierte auf die Durchdringung und Gewinnung der sogenannten „gemäßigten Marxisten“ von der zweiten Internationale. Die „Volkfront“-Parole, die der Komintern-Chef Dmitroff seit drei Jahren propagiert, ist das Kennzeichen dieses Entwicklungsplanes. Das Experiment fand in Spanien nicht vor dem Erfolg, als die nationale Erhebung ein stähleres Netz darstellte. In Frankreich glaubten die Moskowiter auch schon die grundlegenden Voraussetzungen geschaffen zu haben. Es kann kein Zweifel mehr sein, daß gerade der gegenwärtig geführte Moskauer Schauprozeß die marxistischen Hoffnungen, die mit der Volkfront-Parole abgestimmt waren, in ihren Fundamenten erschüttert hat.

Beachtend dafür, daß in weitesten Kreisen der bisherigen Moskauer Freunde die Reste des Vertrauens erschüttert worden sind, sind die Ausführungen, die der Parteichef der französischen Sozialdemokraten, Léon Blum, soeben im „Populaire“ veröffentlicht hat. Nur mit größter Mühe vermag dieser merkwürdige Parteichef seine vollkommene Erschütterung zu verbergen. Die Naivität, mit der sich die Primadonnen der zweiten Internationale zunächst gegenüber dem Blutprozeß verhalten haben, war in der Tat grenzenlos. Herr Vandervelde war kindlich genug, um sich von einem telephonischen Prozeß gegenüber dem roten Katen noch eine Verhinderung des vollkommenen moralischen Zusammenbruchs zu versprechen. Er hat Stalin überhaupt nicht erreicht, von dem ein bekannter englischer Journalist in allem Ernst sagt, daß man überhaupt nicht mehr mit Sicherheit behaupten könne, daß er noch lebe. Nun erleben wir das erbarmungswürdige Schauspiel, daß der französische Marxistenführer in seiner Not in aller Öffentlichkeit einen seelischen Cirkus und einen Ringkampf mit sich selbst führt. Er kann es nicht mehr breiten, daß die Dementis, die gerade auch in Paris und London den Moskauer „Geheimnissen“ entgegengebracht worden sind, die unbedingte Glaubwürdigkeit für sich haben. Es hebe sich, so muß er zugeben, daß die Männer, die vor einigen Monaten noch zu den größten der sowjetischen Geschichte zählten, Taten zugeben hätten, die sich die Vermunft zu glauben fräube und die sich ebenso wie in den vorangegangenen Prozessen an einer tatsächlichen materiellen Unmöglichkeit stießen.

Warum in aller Welt will Léon Blum dann noch mit Mühe an sich halten, um seine Entrüstung nicht laut in die Welt hinauszuheulen. Der Mann, der einmal mit so geschwollenen Phrasen sein „Experiment Blum“ einleitete und scheinbar mit so viel Eifer und Entschlossenheit die hohle Phrasen zusammenbrachte, wirkt doch tatsächlich heute wie ein häusliches Ungeheuer, wenn er seinen Entrüstungs-schrei in der Hoffnung zurückhält, daß seine Volkfrontpolitik über diesen fürchterlichen Zusammenbruch hinweg doch noch gerettet werden könnte. Die selbstverständliche Folge aus dem Gefühl der Empörung und Enttäuschung müßte ein klarer Trennungsschritt gegenüber der Röhren-Gläse im Kreml sein, deren Methoden nichts, aber auch gar nichts mit den Auffassungen des Abendlandes mehr zu tun haben. Aber das Dilemma erweist Herrn Léon Blum noch zu fürchterlich. Verzicht auf Volkfront und auf Sowjetpakt: das schließt ja die Notwendigkeit einer europäischen Realpolitik ein. Scheinbar will Herr Léon Blum lieber mit lebenden Augen ins Ungeheuer rennen. Er kann es sich ja wirklich im stillen Kämmerlein nicht mehr verschmeigeln, daß die Erschütterung, die der letzte Schauprozeß der bolschewistischen Außenpolitik und der Volkfront-Parole verursacht hat, nicht mehr gutgemacht werden kann. Hoffen wir, daß wenigstens andere Leute nun zu der endgültigen Erkenntnis gelangen, daß Sowjetpakt und Volkfront nur Werkzeuge jenes moskowitischen Vernichtungswahns sind, der sich in dem gegenwärtigen Prozeß so eindeutig wie noch nie demaskiert hat.

Ein neuer Anschlag auf Stalin?

Gerüchte von einer Meuterei der Kreml-Brigade
Sensationelle Meldungen der „Daily Mail“

London. Aus Warschau bringt „Daily Mail“ eine aufsehenerregende Meldung über neue revolutionäre Umtriebe in Sowjetrußland. Zwei Obersten und ein Major der Kreml-Brigade seien unter dem Verdacht verhaftet worden, daß sie die gesamte Brigade zu einem Anschlag gegen Stalin überreden wollten. Weiter meldet man, daß Marschall Blücher möglicherweise veranlaßt worden sei, gegen Moskau zu marschieren, um die Ordnung nach dem Chaos wiederherzustellen, das durch den jetzigen Prozeß verursacht worden sei. Mehrere „treue“ Regimenter der GPK seien aber daraufhin von Leningrad nach Moskau in aller Eile entsandt worden, und man erwarte, daß es auf diese Weise wieder zahlreiche Verhaftungen geben würde.

General von Epp ehrt die Gefallenen Italiens
H. Rom. General Ritter von Epp hat am Mittwoch am Grabe des Unbekannten Soldaten und am Ehrenmal der gefallenen Faschisten mit dem Ehrenkreuz geschmückte Vorbeerbefehle niedergelegt. Heute Donnerstag nachmittags wird Reichsstatthalter General Ritter von Epp als Leiter der Deutschen Kolonialgesellschaft im Kolonialistischen Institut für Italienisch-Afrika einen Vortrag halten.

Die französische Regierung zurückgetreten

Paris. Ministerpräsident Chautemps hielt heute Donnerstag vor der Kammer, die trotz der frühen Morgenstunden wegen der außerordentlichen Bedeutung der Sitzung vollständig war, eine Abtrittsrede. Als er seine Ausführungen beendet hatte, verließ er den Sitzungssaal und wies dem vollständig auf der Regierungsbank sitzenden Kabinettsmitgliedern zu, die mit ihm den Sitzungssaal verlassen. Chautemps begab sich sodann mit den Kabinettsmitgliedern ins Kloster, um den Staatspräsidenten den Gesamtrücktritt der Regierung zu unterbreiten.

Chautemps: Die Regierung wurde nicht fortgesetzt

Die kurze Erklärung des Zurücktretenden vor der Kammer

In seiner Abtrittsrede vor der Kammer hatte Ministerpräsident Chautemps die Gründe dargelegt, die ihn bewegen haben, eine Erklärung vor der Kammer abzugeben und nicht einfach zurückzutreten, wie er es ursprünglich beabsichtigte. Er halte eine Erklärung vor der Kammer auch aus dem Grunde für unentbehrlich, weil er den falschen Gerüchten entgegenzutreten wolle, die in Umlauf seien. Die Regierung sei nicht von den Ereignissen fortgesetzt worden, noch zu dem Rücktritt durch besondere Schwierigkeiten des Schachmatts gezwungen worden. Die Regierung wäre durchaus in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen, vorausgesetzt, daß sie die Vollmacht erhalte. Ferner gab Chautemps eine kurze Aufklärung über die beabsichtigten Ermächtigungsforderungen und betonte, daß diese in seiner Weise das republikanische Gewissen der Mehrheitspartei belastet hätten, daß sie weder die Diktatur anstreben noch die sozialen Reformen beschneiden sollen. Chautemps gab zu verstehen, daß er nicht an der Regierung bleiben könne, weil eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und einem Teil der Mehrheitspartei entstanden sei. Er schloß mit einem Appell an die Einheit, die ebenso wie der soziale Frieden für das Ansehen Frankreichs im Ausland bedeutungsvoll sei. Er betonte an, daß er auch einer Regierung auf breiterer Grundlage Platz mache.

Leon Blum im Hintergrunde

Nachdem die Mitglieder der zurückgetretenen Regierung die Kammer verlassen hatten, wurde die Sitzung aufgehoben.

Als Nachfolger Chautemps werden noch keine bestimmten Kandidaten genannt. Es wird sich darum handeln, jemand zu finden, der in der Lage ist, eine Regierung auf breiterer Grundlage zu bilden, die das nötige Vertrauen besitzt, um die Mäßigungsmaßnahmen zu fassen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das schwierige Finanzproblem zu lösen und den sozialen Frieden zu gewährleisten. Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten wäre anzunehmen, daß der Staatspräsident sich zunächst an Léon Blum wenden wird, da die sozialdemokratische Kammerfraktion durch ihre Ablehnung der Sondervollmachten gewissermaßen den Rücktritt der Regierung Chautemps veranlaßt hat.

Vor dem Regierungsrücktritt

Paris. In den Wandelgängen der Kammer und des Senats herrschte auch am Mittwoch noch völlige Unklarheit über die kommende innenpolitische Entwicklung. So erörterte man in politischen und parlamentarischen Kreisen u. a. auch die Frage einer etwaigen Regierungsumbildung. Unter den zahlreichen Vermutungen, die man in diesem Zusammenhang äußert, scheint ein Kabinettsmitglied „Blum bis Renaud“ eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu gewinnen. Die ursprünglich von Léon Blum geäußerte Forderung „von Thorez bis Renaud“ hält man für überholt. Es scheint, daß der von Léon Blum unterzeichnete Artikel im „Populaire“ über den Moskauer Prozeß doch zumindest die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten aufzeigt hat, die zwischen den beiden Vizepräsidenten bestehen.

Bestimmte Parlamentarier sehen einen andauernden Wechsel verschiedener Ministerien voraus bis zu jenem Tage, da die allgemeine Lage derart schwierig geworden sein wird, daß eine Regierung des öffentlichen Wohls unerlässlich werde. Diese Ansicht vertreten u. a. bestimmte Kreise der radikalsozialen Partei, so auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, Abgeordneter Miquel. Andererseits verlangen zahlreiche Abgeordnete der radikalen Partei, daß die Regierung schon vor dem Inkrafttreten des Vorkaufschusses der Kammer zurücktritt, falls die Beschlüsse der einzelnen parlamentarischen Gruppen ungünstig ausfallen sollten.

In der innenpolitischen Entwicklung ist es auch am Mittwoch abend noch zu keiner Entscheidung gekommen.

Ein Vorschlag der Kommunisten und Sozialdemokraten, eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Chautemps zu entsenden, um über die Ausmaße des Ermächtigungs-gesetzes zu verhandeln, wurde von den radikalen Ausschussmitgliedern abgelehnt.

In politischen Kreisen machen sich Bestrebungen geltend, einen Rücktritt des Kabinetts ohne vorherige Ausschüsse und Abstimmung im Parlament zu verhindern, doch macht man aus der Tatsache, daß eine Regierungskrise ausgebrochen ist, kein Hehl.

Ueber die Ausmaße des Ermächtigungs-gesetzes äußert man sich radikalsozialen Kreisen, daß die Wiederherstellung für die Arbeiter nur aufgeschoben werden soll, und zwar auch dieses lediglich aus finanziellen Gründen, und daß die Ausnahme von der 40-Stunden-Woche sich nur auf die Nahrungsmittelindustrie und auf zwei Wochenstunden in der Bauxite, die mit einem um 25 v. H. höheren Lohn besetzt werden sollen, beschränken würden.

Am Anblick an seine abendlichen Besprechungen kündigte der Ministerpräsident an, daß die Regierung beschlossen habe, am Donnerstag vormittag 9.30 Uhr vor die Kammer zu treten.

Regierungsumbildung in Ungarn

Eine Maßnahme im Zuge des neuen Aufbauprogrammes

Budapest. In der Ministerratssitzung vom Mittwoch ist eine teilweise Umbildung der ungarischen Regierung beschlossen worden. Der Ministerrat, der in den letzten Nachmittagsstunden zusammentrat, unterbrach seine Verhandlungen gegen 18 Uhr. Ministerpräsident Daranyi begab sich zum Reichsverweser und überreichte ihm den Rücktritt der Regierung, der jedoch nur einen rein formellen Charakter trägt. Der Reichsverweser hat unentgeltlich den Ministerpräsidenten Daranyi zum Ministerpräsidenten der neuen Regierung ernannt.

Zu der Kabinettsumbildung wird eine amtliche Mitteilung verbreitet, in der es heißt: In der am Mittwoch nachmittags abgehaltenen Ministerratssitzung vertrat Ministerpräsident Daranyi die Auffassung, die Regierung möge noch vor der Unterbreitung der Gesetzentwürfe über die Durchführung des neuen Aufbauprogramms von 1 Milliarde Pengo dem Reichsverweser ihre Demission anbieten. Da sich der Ministerrat einstimmig dieser Auffassung anschloß, begab sich Ministerpräsident Daranyi sofort zum Reichsverweser, der den Rücktritt des Kabinetts annahm und den Ministerpräsidenten zum Ministerpräsidenten des

neuen Kabinetts ernannte, mit der gleichzeitigen Aufforderung, ihm seine Vorschläge zur Bildung des neuen Kabinetts zu unterbreiten.

Das neue Kabinetts gebildet

In dem von Ministerpräsident Daranyi umgebildeten Kabinetts haben Außenminister von Ranna, Innenminister Ritter, Justizminister Szell, Unterrichtsminister Roman und Industrieminister Bornemissa ihre Portefeuilles übernommen.

Neu eingetreten in die Regierung sind als Ackerbau-minister der bisherige Staatssekretär im Ackerbauministerium, Dr. A. Marichall; als Justizminister der bisherige Staatssekretär im Justizministerium Mitecz; als Finanz-minister der bisherige Präsident des Bodenkreditinstitutes Abgeordneter Neményi-Schneller, und als Minister ohne Portefeuille der Präsident der Nationalbank, Imreth.

Zum Staatssekretär im Ackerbauministerium ist Abgeordneter Graf Michael Teleki und zum Staatssekretär im Justizministerium der Abgeordnete Martin Langi ernannt worden.

Der Große Preis von Europa für Kraftäder 1938 wird auf dem Sachsenring in Hohenstein-E. ausgefahren!

Der Führer des Deutschen Kraftfahrersports, Korpsführer Bühlein, hat endgültig entschieden, daß der Große Preis von Europa für Kraftäder 1938 auf dem Sachsenring in Hohenstein-Ernstthal ausgefahren wird.

Der Sachsenring, an dem zur Zeit noch größere Umbauarbeiten im Gange sind, ist die ideale Motorrad-Rundstrecke, die es augenblicklich in Deutschland gibt. Hier treffen sich die großen Meister im Motorsport aus allen Ländern Europas, hier kämpfen Kluge-DRM, Fleischmann-Ritz, von Braun, Fritz-Horton, Tanni und Sandri-Wejo-Guzzi, hier wird entschieden, wer in diesem

Jahre der beste Motorradrennfahrer der ganzen Welt sein wird.

Korpsführer Bühlein hat beim Großen Preis von Deutschland 1937 zu 200.000 Zuschauern und über fast alle deutschen Sender gesprochen, daß das Hohenstein-Ernstthaler Rennen, das größte und schwerste Motorradrennen in Europa, in ausgereicherter Form verlaufen ist, daß die Organisation tadellos geklappt hat und daß dieser Erfolg ihn zu der Überzeugung gebracht hat, den Großen Preis von Europa bzw. von Deutschland nur noch in Hohenstein-Ernstthal austragen zu lassen. Er hat bei dieser Gelegenheit der Rennstrecke den Namen „Sachsenring“ gegeben.